



Europäische Bürgerinitiative: Kommission registriert Initiative „Stop Finning – Stop the Trade“

Brüssel, 17. Dezember 2019

Die Europäische Kommission hat heute beschlossen, eine Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Stop Finning – Stop the Trade“ zum Schutz von Haien und Rochen zu registrieren. Ziel der Initiative ist es, „den Handel mit Flossen in der EU zu beenden, einschließlich der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Flossen, die sich nicht natürlich am Körper des Tiers befinden“ .

Die Organisatoren erklären: „Obwohl das Abtrennen von Flossen an Bord von EU-Schiffen und in EU-Gewässern verboten ist und Haie unverseht (mit Flossen) angelandet werden müssen, gehört die EU zu den größten Exporteuren von Flossen und ist ein bedeutender Transitknotenpunkt für den weltweiten Handel mit Flossen“. Mit der Initiative rufen sie die Kommission insbesondere dazu auf, „die Verordnung (EU) Nr. 605/2013 auch auf den Handel mit Flossen auszudehnen und ... eine neue Verordnung zu erarbeiten, mit der das Kriterium der „natürlich am Körper vorhandenen Flossen“ auf den gesamten Handel mit Haien und Rochen in der EU ausgeweitet wird“ .

Gemäß den Verträgen kann die EU in der gemeinsamen Fischereipolitik und der gemeinsamen Handelspolitik rechtliche Schritte einleiten. Die Kommission stuft die Initiative daher als rechtlich zulässig ein und hat beschlossen, sie zu registrieren. Eine inhaltliche Prüfung der Initiative hat sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

Die Registrierung der Initiative erfolgt am 2. Januar 2020. Ab diesem Zeitpunkt können die Organisatoren innerhalb der nächsten sechs Monate die Sammlung von Unterstützungserklärungen einleiten. Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von 6 Monaten reagieren. Sie kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Hintergrund

Die Europäische Bürgerinitiative wurde im April 2012 auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon eingeführt. Seither haben die Bürgerinnen und Bürger Europas die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die politische Tagesordnung der Kommission setzen zu lassen. Im Jahr 2017 legte die Europäische Kommission [Reformvorschläge für die Europäische Bürgerinitiative](#) vor, um sie bürgerfreundlicher zu gestalten. Im [Dezember 2018](#) erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung über die Reform. Die überarbeiteten Vorschriften gelten ab dem 1. Januar 2020. Sie geben den Organisatoren unter anderem mehr Flexibilität bei der Wahl des Beginns ihrer Kampagne und bei der Überarbeitung der vorgeschlagenen Initiative, bevor die Kommission über deren Registrierung entscheidet.

In der Zwischenzeit hat die Kommission die Bürgerinnen und Bürger mit einer Informationskampagne auf die Europäische Bürgerinitiative aufmerksam gemacht und die Organisatoren durch die Bereitstellung einer Kooperationsplattform unterstützt. Insgesamt hat die Kommission 71 Bürgerinitiativen registriert und 24 abgelehnt, wobei in den letzten fünf Jahren nur sechs abgelehnt wurden.

Ist eine Europäische Bürgerinitiative förmlich registriert, so können eine Million Bürgerinnen und Bürger aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten die Europäische Kommission dazu auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse einen Rechtsakt vorzulegen.

Für die Zulässigkeit gelten folgende Voraussetzungen: Die geplante Initiative liegt nicht offenkundig außerhalb des Rahmens, in dem die Kommission zur Vorlage von Vorschlägen für Rechtsakte befugt ist, sie ist nicht offenkundig missbräuchlich, unseriös oder schikanös und sie verstößt nicht offenkundig gegen die Werte der Union.

Weitere Informationen

Vollständiger Wortlaut der vorgeschlagenen europäischen Bürgerinitiative (abrufbar ab dem 2. Januar 2020)

[Europäische Bürgerinitiativen, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden](#)

[Website „Die Europäische Bürgerinitiative“](#)

[Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative](#)

IP/19/6783

Kontakt für die Medien:

[Christian WIGAND](#) (+32 2 296 22 53)

[Guillaume MERCIER](#) (+32 2 298 05 64)

[Kasia KOLANKO](#) (+ 32 2 296 34 44)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

<@links@>